

Im Flugzeug nach Moskau.

Von unserem nach Sowjetrußland entsandten Sonderberichterstatter Bruno Westfahl.

Copyright 1925 by Express-Correspondenz, Berlin.

Unser Eintreffen in Smolensk war von Smolensk aus funkentelegraphisch angekündigt worden. So nahm es nicht weiter Wunder, daß ich schon während des Herausfahrens aus der Kabine die Objektiv photographischer Cameras auf die Luftreisenden richtete. Die zahlreichen Zuschauer waren meist Angehörige der russischen Fliegerkavallerie mit blauen Abzeichen am Rock und an der für die Rote Armee charakteristischen Spitzmütze, die von weitem genau so wie die Feldmütze der preussischen Pionierschule von 1914 aussehend. Ein paar jugendlich kräftige Gestalten patrouillierten mit aufgepflanztem Seitengewehr. Unsere Pässe erhielten den Schutzmantel, und die Koffer wurden von Soldaten durchsucht und genehmigt. Dann bekamen wir interessanten Besuch. Korff, der Kommandeur der Flieger der russischen Westfront, erschien im Auto, begleitet von Adjutanten und einem Kommissar der kommunistischen Partei. Nach allgemeiner Vorstellung beschäftigten die Russen die mit allen erforderlichen Bequemlichkeiten eingerichtete Koffertabine des Koffer-Doppeldeckers. Während die Bordmonteure, von ihrem Smolensker Kollegen eifrig unterstützt, den Betrieb ihrer Motoren ergäuzten, hatte ich Gelegenheit, einen Blick in die nahe Flugzeughalle zu tun, in der Gebrauchsmaschinen verschiedener Typen, auch ein paar alte deutsche V. V. W. 8 standen. Ein De. Havilland wurde mir als besonders leistungsfähig gepriesen. Bei der Unterhaltung wurde ich sofort nach den letzten Unruhen in Deutschland gefragt und, ob wir nur nicht...

endlich „Weltrevolution machten“. Nach fast 13 Stunden Aufenthalt startete N. N. S. N. 13 und unter N. N. 4 erneut und nahm Kurs auf Moskau. Wieder beschleunigte Rückenwind den Flug, und nach wenig mehr als einer Stunde war schon Wladimir erreicht. Bald leuchtete von bald links die Goldspitze des Denkmals von Borodino auf. Hier hatte vor 111 Jahren General Surov mit 180 000 Mann noch einmal vergeblich versucht, den Vormarsch Napoleons aufzuhalten. Aber die russischen Heere bezwangen den Feind, als Moskau niedergebrannt war. Heute sind sie für das Wein tragende Flugzeug zu einer knappen Tagesstrecke zusammengeschwommen. Das geht einem blickschnell durch den Kopf, während der Motor seine gewaltige Melodie dröhnt und unser Eindecker langsam, aber sicher aufrückt, um erst den Doppeldecker und kurz vor dem Ziel auch N. N. 8 zu überholen. Unter braver Bordmonteur Voranzeff freut sich darüber wie ein echter Russe. Und schon kommt...

Wladimir in Sicht und allzu schnell näher. Weit dahingelagert die Riesentürme mit den ungezählten Kuppeln und Türmen. Als bedrohlicher Mittelpunkt die goldglänzende Bedachung der Erloberkirche. Auf der Ghosnka, Moskau sprachvollem Flugfeld, gegenüber dem Perovskij-Parc, starten russische Jagdflugzeuge zu unserer Begrüßung. Ein Junkereindecker...

Außerordentliche Verstärkung der britischen Luftmacht.

Eine englische Warnung an Frankreich.

London, 26. Juni. Am Unterhaus machte Baldwin eine wichtige Mitteilung betreffs der Verhältnisse der Luftkriege. Er erklärte, die Regierung sei an der Schließung gelangt, daß, abgesehen von der Verwirklichung der Verträge der Marine, des Aeronautik und der Verpflichtungen in Indien und anderen überseeischen Ländern, die britische Luftmacht eine Verteidigungsflotte zum Schutz der Heimat einfließen müsse, die genügend stark sei, um England abzuwehren gegen Luftangriffe der feindlichen Luftkriege. Die britische Luftmacht sei innerhalb von sechs Wochen zu schaffen. Eine solche Luftmacht müßte organisiert werden teils in aktiver Form und teils als Reserve. Die Vorkehrungen müßten aber so sein, daß eine ausreichende Stärke für Verteidigungszwecke unverzüglich verfügbar sein werde. Zunächst sollte die Streitmacht zur Deckung der Heimat aus 12 Geschwadern bestehen, die so bald wie möglich zu schaffen sei. Das Erreichen dieses Ziels bedeuete eine Vermehrung der bisher bewilligten Luftmacht um 40 Geschwader. Die Einzelheiten der Organisation würden geregelt werden im Hinblick auf eine eventuelle spätere Ausdehnung. Aber bevor weitere Maßnahmen getroffen würden, werde die Frage nochmals geprüft werden im Hinblick der gegenwärtigen Verhältnisse fremder Mächte. Entsprechend der Verwirklichung Großbritanniens, wie sie aus der Völkerbundsanfrage sich ergebe, werde Großbritannien Berlin mit anderen Regierungen zusammenwirken, um die Stärke der Luftkriege in vermindertem Maße zu bringen, die denen des Völkerbundvertrages ähnlich seien. Jedes beratende Kommando würde die Politik der Verhältnisse der Luftkriege, die in seiner (Baldwins) Erklärung darzulegen werde, maßgebend beeinflussen.

Von London frante, ob dieser neue Rüstungswettbewerb zu denselben Ergebnissen führen werde, wie der vorige Rüstungswettbewerb. Baldwin erwiderte: Nein. Ich hoffe nicht; ich glaube, daß, solange bevor diese Gefahr entsteht, ein Abkommen betreffend Rüstungen und ein Abkommen (??) geschlossen sein wird. Soars erklärte, das neue Programm schließe eine weitere Ausgabe von 14 Millionen Pfund Sterling in diesem Jahre ein. Die endgültigen Gesamtkosten würden 512 Millionen Pfund Sterling mehr betragen. (W. T. B.)

„Die Verantwortung trägt Frankreich.“

London, 26. Juni. „The Times“ sagt, nur ein Tor werde leicht noch glauben, daß man durch Vermehrung der Rüstungen die Friedensbedingungen verändere. Den Schlüssel zur Lage bilde Frankreich. Frankreich hätte keine Luftkriege in wahnhaftem Maße auf. Ende 1925 werde es ungefähr 2000 Flugzeuge besitzen. Gegen wen würden diese riesigen Streitkräfte vorbereitet. Es könne nicht gegen Deutschland sein, da Deutschland entwaffnet sei. Frankreich könne protestieren, soweit es wolle. Aber da Deutschland unabweisbar sei, bleibe nur noch England als möglicher Feind. „Star“ sagt, es sei nicht unglücklich sei, daß im Jahre 1923, vier Jahre nach dem Friedensvertrag, der Alliierte Englands im Kriege, mit dem sich für den England gedient habe, England durch die Bedrohung mit diesen vor Englands Tür konzentrierten Vorbereitungen zwingen, seine bereits geschwächerten Hilfsmittel noch weiter zu schwächen. Es sei die Pflicht der britischen Regierung, diese Bedrohung zur Kenntnis zu nehmen. Die Verantwortung liege klarerweise bei Frankreich. (W. T. B.)

Eine schwache Beruhigungspille.

London, 26. Juni. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Seit ein oder zwei Jahren habe natürlich beträchtliche Besorgnisse wegen der übermächtigen Überlegenheit der französischen Luftkriege bestanden. Diese Besorgnisse seien unvermeidlich und bedeuteten schließlich keine Feindschaft gegenüber Frankreich, noch irgendeine Tendenz, Frankreich zum Schreckgespenst des Augenblicks zu machen. Das britische Volk vergegenwärtige sich jedoch, wie verwundbar ein ungeschütztes Industriegebiet, dessen Großstädte den Schlüssel seiner Existenz bilden, durch Angriffe aus der Luft sei. Verteidigung sei das Motiv. (W. T. B.)

von der Moskauer-Flotte nicht flüchtigen können. Vor den Flugzeugen eine dichte Menschenmenge. Die Zeit ist viel zu kurz, weitere Einzelheiten anzufassen. Noch während N. N. 4 im Aufstieg in die letzte Kurve geht, liegt ich im offenen Fenster in dem traumhaften Anblick der Stadt versunken. Und dann rollen wir schon auf fettem Boden. Nicht hinter uns laudet N. N. 8 und bald darauf auch der Doppeldecker. Rildermann, der treulich sorgende Hausvater des Moskauer Verluftheimes, ist der erste, der uns begrüßt, während Camera und Kurben auf uns zielen und die Vertreter der hauptstädtlichen Setzungen um Aufnahme bitten. Ein schlanker Deutscher, Vegetationssekretär v. Swarowski von der Deutschen Botschaft, bahnt sich den Weg zu mir und heißt mich im Namen des Grafen Brockdorff-Ranzau willkommen. Noch einmal werden die Pässe geprüft. Die bergende Halle hat inzwischen unsere gastlichen Kiefernengel aufgenommen. Dann entfährt uns das Auto stadtwärts, die Petrograder Chauffee entlang.

Ueber die Flugstrecke Smolensk-Moskau

Sind hier noch einige Worte zu sagen. Trotz Versteigerung deutscher Kapitalien und Verwendung deutscher Flugzeuge und englischer Motoren muß die Linie als eine russische angesehen werden, aber die im wesentlichen das Auswärtige Amt in Moskau, das sogenannte „Aeromobile“, vertritt. Die Flugzeuge tragen auch außer der Nummerbezeichnung das Hohlkreiszeichen der Sowjetregierung. Die Strecke wird wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Freitag in beiden Richtungen befliegen. Für Privatfluggäste ist nur am Donnerstag bei rechtzeitiger Anmeldung auf einen Mittwoch zu rechnen, da Dienstags und Freitag der Kurierdienst vorgeht. Der Fahrpreis beträgt 22 englische Pfund. Die Flugdauer wird von dem oft noch während des Fluges wechselnden Windverhältnissen stark beeinflusst. Bei Gegenwind kann die Strecke Smolensk-Moskau nicht ohne Unterbrechung zurückgelegt werden. Die Flugverhältnisse in Nowo, wo es im Vorjahre mehrfach Fluggefahr gegeben hat, haben sich zwar gebessert, doch ist die Flugleitung bemüht, durch Verhandlungen mit der lettischen Regierung die Genehmigung für Einrichtung einer Zwischenlandeplätze bei Danaburg zu erlangen. Die sehr erwünschte Vergrößerung des Smolensker Flugplatzes soll jetzt russischerseits in Angriff genommen werden. Ausgesprochen arbeite der Nachrichtenamt, was den Bemühungen des Volkswirtschaftsamt für Post und Telegraphen zuzurechnen ist. Telegramme aus Smolensk werden nach nur 20 Minuten im Verlufthaus in Moskau telefonisch bestellt. Am Dienstag erlebte ich es selbst, wie um 11.15 Uhr nach russischer Zeit, die kurz nach 9 Uhr (7 Uhr deutsche Zeit) abgegangene Startmeldung aus Smolensk übermittelte wurde. An demselben Tage trat in Moskau Kurier Luft seinen 25. Flug an, ein Jubiläum, das gebührend gefeiert wurde. Die russische Diplomatie hat mit dieser Fluglinie eine erhebliche Ueberlegenheit in der Nachrichtenübermittlung gegenüber Deutschland und den Westmächten, deren Kuriers 8 bis 4 Tage auf der Eisenbahn zubringen müssen, ehe sie Berlin erreichen.

Der unverminderte englisch-französische Gegensatz.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 26. Juni. Zu den französisch-englischen diplomatischen Besprechungen veröffentlicht das „Echo de Paris“ folgende offizielle Note: Da die in London über die Besprechungen, die Sonntag früh zwischen Poincaré und dem englischen Botschafter in Paris, Lord Grey, stattgefunden haben, veröffentlichten Nachrichten ungenau sind, muß betont werden, daß die Besprechungen an der Einigung der Regierungen von Paris und London in der Reparationsfrage nichts geändert haben. Paris, 26. Juni. Zur Frage der französisch-englischen Verhandlungen über die Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage stellt das „Journal“ die Frage, ob man in England wirklich geglaubt habe, es wäre möglich, eine einigere Lösung zwischen Frankreich und England einzuleiten. Es habe sich auch jenseits des Kanals einige Leute gegeben, die glauben, sehr rasch vorgehen zu können. Das seien diejenigen, die periodisch angekündigt hätten, die Vorverhandlungen ständen vor ihrem Ende. Poincaré könne daher mit Baldwin eine Begegnung haben. Man sei indessen noch weit davon entfernt, wenn es wahr sei, daß Curzon immer noch die Begünstigung der Ruhrunternehmung ablehne.

Mussolini auf Seite Englands.

Rom, 26. Juni. In hiesigen politischen Kreisen heißt es, daß sich jetzt Mussolini in der Frage des Rotenstandsabkommens über die Reparationsregelung ähnlich dem englischen Standpunkt angelassen habe.

Keine Aussicht auf ein Ruhrkompromiß.

Eine englische Stimme über die Kraft des passiven Widerstandes. London, 26. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt von ausländischen Beobachtern in Deutschland, sie hätten den Eindruck, daß nach der wirtschaftlichen Lage Deutschlands der passive Widerstand sicherlich noch eine Anzahl von Monaten anzuhalten werden könne. Man sei der Ansicht, daß die Vorbedingung für die Zustimmung an Deutschland, den passiven Widerstand aufzugeben, die Versicherung sein müsse, als Gegenleistung für seine Einstellung könnte das Ruhrgebiet bald seine industrielle und administrative Freiheit wieder erlangen. Aber an die Aussicht auf ein derartiges Kompromiß sei augenblicklich leider nicht zu denken.

Ein neuer Milliardenraub.

Düsseldorf, 26. Juni. In Düsseldorf beschlagnahmten die Franzosen die Parabelstrecke von Volkmann an die Reichsbank in Höhe von einer Milliarde Mark.

Wieder 600 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen. Mainz, 26. Juni. Aus dem Bezirk Mainz sind heute 600 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen worden. Ihr Hausrat wurde beschlagnahmt. (W. T. B.)

Bombenattentat in Wiesbaden. Wiesbaden, 26. Juni. Heute vormittag 5 Uhr explodierte im Schalterraum des hiesigen Hauptbahnhofs eine Bombe. Fast sämtliche Fensterbrüchen und ein großer Teil der Einrichtung wurden zerstört. Verwundet wurden zwei Deutsche, ein Mann und eine Frau. (W. T. B.)

Vaterlandslose Gezellen.

Leipzig, 26. Juni. Vor dem 1. Straßensatz des Reichsgerichts begann heute ein Landesverratsprozess gegen sieben Personen, die beschuldigt sind, vom November 1921 bis Februar 1922 in München, Wabersborn und Sagen mit dem Feinde in Verbindung gestanden und sich bemüht zu haben, von Anhängern der Wehrmacht durch Bestechung Material zu erhalten. Die Beschuldigten ist wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuweisen.

dabei kennzeichnet das Reichsbahnfinanzgesetz als eine „Abwägungsmaßnahme des Herrn Groener“, als den letzten großen Schritt der Verleugung der Zentralisation zur Verwirklichung des reinen Einheitsstaates, und fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen gegen eine bevorstehende zentralistische Reichsoffensive zu treffen. Bayern schließt sich also an sein Staatsbahnen in bairisches Eigentum zurückzuführen, und es ist bezeichnend für die Volkstümlichkeit dieses Verlangens in weiten Kreisen der Bevölkerung, daß auch die demokratischen „Männer Reichen“ ihre rückhaltlose Zustimmung dazu aussprechen und ohne Vorbehalt der Rückkehr zum föderativen Gedanken des Bismarckischen Reiches, das durch seinen Aufstieg den Beweis seiner Lebensfähigkeit erbracht habe, das Wort reden. Ueberhaupt bricht sich auf demokratischer Seite auch außerhalb Bayerns die Erkenntnis von dem völligen Zusammenbruch der Erzbergerischen Reichsfinanzpolitik mehr und mehr Bahn. Sogar die „Frankf. Sig.“ steht sich genötigt, unumwunden zu erklären, es gebe einfach auf die Dauer nicht an, daß die Länder und Gemeinden ohne eigene Finanzgebarung seien und aus der Tasche des Reiches leben müßten, das wiederum zu ihrer Rettung zu dem verheerenden Mittel der fortgesetzten Notenvermehrung schreiten müßte; die klare Scheidung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden sei unbedingt nötig, damit jeder seine Verantwortung selber trage und sich danach einrichte. Das ist genau das, was Bayern will.

Die Schaffung des Amtes eines bairischen Staatspräsidenten soll den dazu beitragen, der bairischen Regierung die Möglichkeit einer erfolgreicheren Vertretung ihrer Forderungen gegenüber der Berliner Zentralregierung zu ermöglichen. Der Wunsch des bairischen Volkes nach einer solchen Einrichtung hat aber nicht erst von heute oder morgen, sondern reicht weiter zurück, aber wenn er jetzt gerade auf neue Kraft besetzt wird und durch eine bereits ausgearbeitete Vorlage der Regierung der unmittelbaren Verwirklichung zugeführt werden soll, so ist das ein Beweis dafür, daß man in Bayern die Empfindung hat, eine mit besonderer Autorität umkleidete staatliche Spitze zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im verfassungsmäßigen Verhältnis zum Reich nicht entbehren zu können. Ein mit einem Staatspräsidenten ausgestattetes Bayern wird zweifellos die Rückforderung seiner Selbstbestimmung vom Reich viel wirksamer betreiben können, als es von Seiten eines Ministeriums geschehen kann, das dem Befehl der parlamentarischen Entscheidung unterworfen ist. Insofern liegen sich also die beiden jetzt in Bayern in Aussicht genommenen politischen Aktionen organisch ineinander. Daran kommen für die Bewegung nunmehr eines Staatspräsidenten freilich auch innerpolitische Rücksichten in Betracht. Die Parteiverhältnisse sind in Bayern durch das Erstarren der Macht der nationalen Verbände erheblich schwieriger und unübersichtlicher geworden, als sie es waren, solange die bairische Volkspartei noch unumkehrlich im Bunde stand und auf die ungetriebene Gesetzmäßigkeit der breiten Massen rechnen konnte. Sie ist ja immer noch die ausschlaggebende Macht, aber der Vorkämpfer, den ihr die nationalen Verbände machen, ist unverkennbar, und dieser Ausübung der vorkämpferischen Tätigkeit wohl man in bairischen patriotischen Kreisen einen Mangel vermissen zu können durch die Einsetzung eines Staatspräsidenten, der über den Parteien steht und durch seine neutrale Autorität ausgleichend nach rechts und links wirken kann. Der bairische Staatspräsident soll deshalb nicht ein leerer Titel sein, wie in Württemberg und Baden, wo der jeweilige Ministerpräsident so genannt wird, sondern er soll wirklich gewisse Befugnisse eines Staatspräsidenten nach dem Vorbilde des Reichspräsidenten haben. Er soll als der vom ganzen Volke gewählte, von keiner Partei abhängige Vertreter des Staatsvolkes der ruhende Pol in der Entscheidung der Macht sein, der, wenn auch in der Beratung und Einleitung seiner Minister beschränkt durch das parlamentarische System, doch noch sein Amt in völliger persönlicher Freiheit ausüben kann und sich in seinen Entschlüssen lediglich durch die Rücksichten auf das allgemeine Staatswohl bestimmen läßt.

Auf sozialdemokratischer Seite ist man rasch bei der Hand, die Bewegung zur Schaffung einer solchen Einrichtung zu verurteilen und sie als verkappte Vorbereitung zur Wiedereinführung der Monarchie hinzustellen, wie das auch im Reichstagsausschuß der bairischen Volkspartei bei der Beratung über die Präsidentenfrage 1923 geschah. Das ist eine ganz willkürliche und unhaltbare Unterstellung; denn ein vom ganzen Volke auf bestimmte Zeit gewählter Präsident hat schlechterdings nichts „Monarchisches“ an sich, weil über ihm als höchste Macht das souveräne Volk steht, das ihn jederzeit von seinem Posten wieder abberufen kann, wie es ihn dann erheben hat. Der Sozialismus begeht überhaupt den Fehler, alles Bannliche nur unter dem einen Gesichtspunkte der Parteipolitik zu betrachten, als ob es für Bayern nur die beiden Möglichkeiten gebe, entweder „reaktionär“ oder „sozial“. In Wirklichkeit betreibt Bayern eine ruhige und zielbewusste Ordnungspolitik, in deren Rahmen und Aufbau sich der Staatspräsident als höchstes Glied folgerichtig einfügen soll. Auch in Preußen hat man bei den Verhandlungen über die Verfassung des Reichspräsidenten nach einem Staatspräsidenten empfunden, aber schließlich wegen der in Berlin zu befürchtenden unmittelbaren Konkurrenz mit dem Reichspräsidenten darauf verzichtet und sich mit der Einführung des Staatsrates als Gegengewicht gegen das Parlament begnügt. Wenn jetzt Bayern ebenfalls das reine Einkammersystem durch die Schaffung eines Staatspräsidenten beibehalten will, so liegt das durchaus auf der Linie seiner ganzen politischen Entwicklung, und nur radikale parlamentarische Verhältnisse, die keine Autorität neben sich dulden will, kann darin etwas „Reaktionäres“ wittern. Das bairische Volk geht richtig verfahren, wenn es diesen unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse langsam wieder ausgearbeiteten Ordnungsgedanken entsprechend der bairischen Eigenart ungeschwächt zu erhalten. Das ist wahre und wirkliche Demokratie, während Verhältnisse, wie sie jetzt in Sachsen und Thüringen herrschen, Demokratie und Parlamentarismus nur Name, zum Ergebnis erregenden Postenspiels machen.

Die Lausanner Verhandlungen.

Schluss der Generaldebatte. Lausanne, 26. Juni. Das politische Komitee bestätigte heute morgen die beschlossenen in der letzten Zeit getroffenen Vereinbarungen, vor allem das Abkommen über die neue deutsch-türkische Grenze bei Karakais, ausgenommen Einzelfragen, die noch von den Sachverständigen geprüft werden. Der neuernannte bulgarische Delegierte Petrovoff genehmigte die Klausel über die Anerkennung Thrakiens, protestierte aber nachdrücklich gegen die unzulässige Lösung der Frage des bulgarischen Zugangs zum Meere. Das Komitee sanktionierte schließlich auch die einseitigen Vereinbarungen über die neunmonatige Frist für die Moskauer Verhandlungen. Die langwierigen Verhandlungen über die Zulassung Belgiens, Portugal, Polen und der Tschechoslowakei zu den wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages gelangten ebenfalls zum Abschluss. Mit der heutigen Sitzung des politischen Komitees kann die Generaldebatte als beendet gelten.

Deutschland vor dem Haager Schiedsgericht.

Haag, 26. Juni. In der gestrigen Sitzung des Internationalen Gerichtshofes wurde die Angelegenheit des englischen Dampfers „Wimbledon“ verhandelt, der eine französische Gesellschaft gehörte, für Polen bestimmte Senkung von 4000 Tonnen Munition an Bord gehabt hatte und dem am 21. März 1921 die Durchfahrt durch den Rieker Kanal verweigert wurde. Frankreich, England, Italien und Japan haben eine Schadenersatzforderung in Höhe von 147 083 Franken eingereicht mit der Begründung, daß die Haltung Deutschlands dem Verfaller Vertrag widerspreche. Polen hat auf Grund des Art. 12 des Statuts des Gerichtshofes beantragt, sich den anderen Mächten anschließen zu dürfen, da es an der Angelegenheit als Empfänger interessiert sei. Im Verlaufe der gestrigen Verhandlung berief sich der polnische Vertreter auf Art. 13 auf Grund dessen Polen als Mitunterzeichner des Verfaller Vertrages berechtigt sei, Klage zu erheben. Hierauf wurde die Verhandlung vertagt. (W. T. B.)